

Gruppe der Frauen

Ausgabe 1 | 08. Juli 2015

Liebe Leserinnen,

in der Gruppe der Frauen hat sich vieles getan: Wir sind so groß wie nie und stellen jetzt ein Viertel unserer ganzen Fraktion! Viele unserer Kolleginnen haben neue Aufgaben übernommen, Führungspositionen in unserer Fraktion oder in Regierungsämtern. Unsere Vorsitzende der letzten Legislaturperiode, Rita Pawelski, ist nach elf Jahren leider nicht mehr zur Wahl um ein Bundestagsmandat angetreten. Wir haben deswegen im Dezember einen neuen Vorstand gewählt. Neben Daniela Ludwig als Erster Stellvertretenden Vorsitzenden, Elisabeth Winkelmeier-Becker, Katharina Landgraf und Nadine Schön wurden Dr. Claudia Lücking-Michel und Barbara Lanzinger in den Vorstand gewählt. Ich selbst als neue Vorsitzende freue mich über einen breiten Vertrauensvorsprung, den mir meine Kolleginnen entgegengebracht haben.

So sind wir mit inzwischen 79 weiblichen Abgeordneten personell und fachlich ausgesprochen gut und breit aufgestellt. Mit unserem breiten Verständnis von Frauenpolitik befassen wir uns mit aktuellen Anliegen aus allen Politikfeldern, die Frauen betreffen. Natürlich bleiben auch gleichstellungspolitische Fragen ganz oben auf unserer Agenda. So konnten wir einiges schon umsetzen. Als erstes galt es, im Rahmen des Rentenpaketes mit den **Verbesserungen für Mütter, die vor 1992 Kinder geboren hatten**, endlich mehr Gerechtigkeit für diese Mütter zu schaffen. Die Anrechnung von einem weiteren Rentenpunkt für die Erziehung von Kindern, die vor diesem Stichtag geboren wurden, kommt circa 9,5 Millionen Müttern zugute. Sie beziehen seit dem 1. Juli 2014 monatlich 28 bzw. 26 Euro mehr Rente pro Kind. Die Deutsche Rentenversicherung hat gerade ausgewiesen, dass das Alterseinkommen von Frauen seither im Durchschnitt um zehn Prozent gestiegen ist. Das ist nur folgerichtig, schließlich haben gerade diese Mütter, die noch nicht auf breite Angebote der außerhäuslichen Kinderbetreuung zurückgreifen konnten, mit der Erziehung ihrer Kinder einen bedeutenden Beitrag für die Zukunft unseres Landes geleistet. Und nicht zuletzt tragen sie durch ihre Kinder dazu bei, dass der Generationenvertrag, auf dem unser Rentensystem basiert, auch weiterhin trägt.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass freiwillige Vereinbarungen nicht ausreichen, um den Anteil von **Frauen in Führungspositionen** nachhaltig zu erhöhen. Deswegen haben wir nun gesetzlich geregelt, dass künftig für Aufsichtsräte in Unternehmen, die voll mitbestimmungspflichtig und börsennotiert sind, eine Geschlechterquote von 30 Prozent gilt. Unternehmen, die entweder börsennotiert oder mitbestimmungspflichtig sind, müssen für

ihre Vorstände und die obersten Führungsetagen eine selbst gesetzte Zielvorgabe festlegen. Damit der Bund nicht nur Forderungen an die Wirtschaft stellt, haben wir das Bundesgleichstellungsgesetz und das Bundesgremienbesetzungsgesetz novelliert. Hier bleibt noch einiges an Umsetzung zu tun.

Über einige unserer laufenden Arbeitsschwerpunkte erfahren Sie auf den folgenden Seiten mehr. So wollen wir endlich wirksame gesetzliche **Verbesserungen für Frauen (und wenige Männer)** erreichen, die **in der Prostitution** tätig sind und dem kriminellen Handeln derer, die an **Menschenhandel und Zwangsprostitution** verdienen, Einhalt gebieten. Ein weiteres wichtiges Ziel bleibt die **Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern**. Weiterhin liegen auch da Gehaltsunterschiede vor, wo Frauen und Männern gleichen beruflichen Tätigkeiten nachgehen. Gegen diesen Missstand haben wir zusammen mit der Frauen Union am bundesweiten Aktionstag Equal Pay Day am Brandenburger Tor demonstriert. Wichtig für die Entgeltgleichheit ist auch, dass wir die Stereotypen bei der Berufswahl überwinden. Mädchen sollten frühzeitig für naturwissenschaftliche und technische Fächer, sogenannte **MINT-Fächer**, begeistert werden. Auch aus diesem Grund beteiligt sich die Gruppe der Frauen weiterhin am **Girls` Day**.

Verstärkt wenden wir uns als Gruppe der Frauen auch der Außenpolitik zu. Im Fokus unserer Aufmerksamkeit stehen dabei **Frauen, die wegen ihres Geschlechtes oder auch ihres Glaubens bedrängt werden**, so beispielsweise in Indien, Ägypten oder Nigeria. Dies sind drei der Länder, denen sich die Gruppe der Frauen in den ersten Monaten bereits intensiver gewidmet hat. Aber auch aktuelle außenpolitische Fragen über die Geschlechterperspektive hinaus, wie die Situation in der Ukraine, nimmt die Gruppe der Frauen in ihren Sitzungen in den Blick.

Vieles haben wir seit Beginn der Legislaturperiode schon erreicht und bei vielem gilt es weiterhin, dicke Bretter zu bohren. Ich freue mich über Ihr Interesse an unserer Arbeit, über die wir Ihnen auf den kommenden Seiten berichten.

Ihre





Unser Fachgespräch „Auf dem Weg in den Dschihad - wie lässt sich die Radikalisierung junger Frauen und Männer aufhalten?“, 16. März 2015



Abendgespräch zu aktuellen finanzpolitischen Fragen mit Dr. Michael Meister MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, 1. Juli 2015

Mit Bundesminister Dr. Thomas de Maizière MdB sprachen wir über Frauen im islamistischen und rechtsextremen Terrorismus, 21. Mai 2015



„Highlights“



Der Vorstand der Gruppe der Frauen (v. l. n. r.), die MdBs: Daniela Ludwig, Katharina Landgraf, Vorsitzende Karin Maag, Barbara Lanzinger, Dr. Claudia Lücking-Michel, Elisabeth Winkelmeier-Becker und Nadine Schön



Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder MdB war in unserer Sitzung am 3. April 2014 zu Gast



Presseaktion zur „Mütterrente“, 23. Mai 2014



Mädchen begleiteten uns einen Tag lang und erfuhren mehr über unsere Arbeit: Girls' Day, 23. April 2015 - hier mit Katharina Landgraf MdB und Matthias Hauer MdB



Gespräch zur Situation in der Ukraine, 20. März 2014, v. l. n. r.: Dr. Susan Stewart von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Karin Maag MdB, Stv. Fraktionsvorsitzender Dr. Andreas Schockenhoff MdB † und Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer MdB



Die Gruppe der Frauen im Gespräch mit Annegret Kramp-Karrenbauer MdL, Ministerpräsidentin des Saarlandes, 18. Dezember 2014



Dr. Angelika Niebler MdEP (Vierte von links) führte mit uns ein Gespräch zur Europapolitik, zudem v. l. n. r. die MdBs: Iris Eberl, Dr. Silke Launert, Karin Maag, Dr. Anja Weisgerber, Julia Obermeier



Gemeinsame Tagung der Gruppe der Frauen und der Arbeitnehmergruppe zum Thema Entgeltgleichheit, 17. März 2015

in Bildern



Fotoaktion „Bring Back Our Girls“ (Boko Haram), 21. Mai 2014



Dr. Claudia Lücking-Michel MdB, Stv. Vorsitzende der Gruppe der Frauen, spricht hier bei unserem Netzwerkerinnen-Treffen am 25. Juni 2014



Bundesverteidigungsministerin Dr. Ursula von der Leyen MdB zum Thema „Frauen in der Bundeswehr“ in der Sitzung der Gruppe der Frauen, 13. Februar 2014 - hier mit der Vorsitzenden Karin Maag MdB und der Stv. Vorsitzenden Dr. Claudia Lücking-Michel MdB



Mit Bundesministerin Manuela Schwesig im Austausch zur Familienpolitik, 29. Januar 2015



Kamingespräch mit Ingo Kramer, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), 26. November 2014

Fotos dieser Doppelseite: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Frauenpolitik - ein „unfinished business“

Rechte von Frauen weltweit stärken

2015 ist ein wichtiges Jahr für die Weltgemeinschaft. Es geht um die Frage der Nachhaltigkeit in der globalisierten Welt. Es geht darum, wie wir gemeinsam Frieden schaffen, die Schöpfung erhalten, Ernährung, Gesundheit und Energie für alle schaffen und ein Leben in Würde ermöglichen. Vor drei Jahren haben deshalb die Staats- und Regierungschefs der 191 Staaten der Welt auf der Rio+20 Konferenz beschlossen, nachhaltige Entwicklungsziele zu erarbeiten. Die so genannte Post 2015-Agenda soll im September auf dem Jubiläumsgipfel zum 70-jährigen Bestehen der Vereinten Nationen verabschiedet werden. Dies wäre ein Meilenstein.

Die Post 2015-Agenda bezieht sich auf alle drei Dimensionen nachhaltiger Entwicklung – auf die soziale, ökologische und ökonomische. Zudem sollen ihre Ziele universell gelten. Denn eine gedeihliche Zukunft der Weltgemeinschaft können wir nur gewährleisten, wenn wir die Entwicklung aller Länder nachhaltig gestalten, auch in Deutschland. Um Frauen aktiv zu stärken, ist der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen ein eigenes nachhaltiges Entwicklungsziel gewidmet. Die Erfahrungen weltweit zeigen, dass dort, wo ihre Rechte eingeschränkt werden, wo ihnen politische, wirtschaftliche und soziale Teilhabe vorenthalten wird, gesellschaftliche Strukturen gefährdet sind. Frauen brauchen Schutz. Die Liste der Menschenrechtsverletzungen an Frauen und Mädchen ist unendlich lang. Sie werden verschleppt, verkauft, zwangsverheiratet und vergewaltigt. Ihr Leid und ihre Ohnmacht wirken sich auf ihr eigenes Leben und auf das Leben anderer aus – auf die Versorgung der Familien, die Erziehung der Kinder und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Verwirklichung der Menschenrechte von Frauen gehört daher zum Herzstück der Post 2015-Agenda. Wir müssen Frauen in der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stärken. Was kann Außenpolitik leisten, wenn es um die Stärkung der Rechte von Frauen geht? Folgende Handlungsfelder halte ich an dieser Stelle für besonders wichtig:

Erstens: Die vor 15 Jahren verabschiedete Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates – „Frauen, Frieden und Sicherheit“ – ist in den aktuellen Konflikten von höchster Aktualität. Denn sie fordert die aktive Einbindung von Frauen in allen Phasen der Konfliktprävention und Konfliktbewältigung. Sie fordert außerdem den Schutz von Frauen und Mädchen vor sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten. Wir müssen sie als Leitfaden für unser außenpolitisches Engagement wieder mit neuem Leben erfüllen und ihre Umsetzung forcieren.

Zweitens: Frauen bringen häufiger Themen wie Menschenrechte, Sicherheit, Gerechtigkeit, Beschäftigung, Bildung und Gesundheitsversorgung in Verhandlungen

ein. In Krisen oder in Prozessen von Aussöhnung und des Wiederaufbaus sind das entscheidende Bausteine: Sie führen zu einem nachhaltigen und dauerhaften Frieden. Deshalb müssen Frauen stärker bei Friedensverhandlungen und im Konferenzgeschehen beteiligt werden.

Drittens: In Entwicklungsländern müssen Frauen stärker ins Wirtschaftsleben integriert werden. Die Vergabe von Mikrokrediten ist ein sehr gutes Beispiel dafür, wie man über die Ansprache von Frauen Gründertätigkeit in Gang setzen kann. Mit dieser Hilfe zur Selbsthilfe kann der Aufbau von kleinen und mittleren Unternehmen effektiv gefördert und Armut bekämpft werden.

Viertens: Stabile Gesellschaften brauchen Frauen wie Männer, die sich partnerschaftlich für den Aufbau und die Stärkung einer Zivilgesellschaft engagieren. Damit ein gesellschaftlicher Wandel gelingt, müssen NGOs, Vereinigungen, Kirchen, politische Parteien und Stiftungen eingebunden werden.

Blicke ich zurück auf die Zeit, als ich erste Frauenbeauftragte der Landesregierung Rheinland-Pfalz war, und sehe, an welchem Punkt wir heute stehen, so wurden seither maßgebliche Fortschritte zum Schutz der Rechte der Frauen erreicht. Zur uneingeschränkten Durchsetzung der Menschenrechte für Frauen und zur faktischen Gleichstellung von Mann und Frau ist es aber noch ein langer Weg. Hier dürfen wir nicht nachlassen in unserem gemeinsamen Engagement. Frauenpolitik bleibt damit, wie Hillary Clinton es einmal formulierte, ein „unfinished business“.

Prof. Dr. Maria Böhmer MdB

Staatsministerin im Auswärtigen Amt



Bildquelle: Laurence Chaperon

Pflege und Beruf unter einen Hut bringen

Die Familienpflegezeit

Plötzlich ist alles anders. Die Situation, dass ein lieber Angehöriger – oftmals von heute auf morgen – sich nicht mehr alleine versorgen kann und auf Unterstützung und Pflege angewiesen ist, kennen die meisten aus ihrer Familie, dem Freundes- und Bekanntenkreis. Plötzlich stellen sich eine Menge Fragen, vieles ist zu klären, vieles zu organisieren. Und diese Situation ist kein Einzelfall. Das Thema wird uns in den kommenden Jahren noch intensiver beschäftigen. Denn die Berechnungen des Statistischen Bundesamtes zeigen für die nächsten Jahrzehnte eine zunehmende Alterung der Bevölkerung. Die Zahl der über 80-jährigen wird sich bis 2050 auf 10,2 Millionen mehr als verdoppeln. Dadurch wird auch die Zahl der Pflegebedürftigen von jetzt ca. 2,5 Millionen auf etwa 3,4 Millionen im Jahr 2030 ansteigen.

Von den heute rund 2,5 Millionen pflegebedürftigen Menschen wird die Mehrheit von Angehörigen gepflegt: 62 Prozent der Deutschen, die pflegebedürftige Angehörige haben, kümmern sich selbst um die Betreuung; mehr als zwei Drittel der Pflegenden sind Frauen. Die Mehrheit von ihnen ist im erwerbsfähigen Alter und für sie stellt sich – nach der Frage der Vereinbarung von Beruf und Betreuung der eigenen Kinder – die Frage, wie sie die Pflege eines nahestehenden Menschen und ihren Beruf am besten unter einen Hut bringen können.

Jeder Mensch, der sich für die Pflege eines Angehörigen entscheidet, seine Arbeitszeit reduziert und damit gleichzeitig auf Einkommen verzichtet, nimmt Entbehrungen in Kauf und trägt große Verantwortung angesichts dieser enormen Herausforderung. Der Union war und ist es ein Anliegen, Familien in dieser Situation besser zu unterstützen. Das hat sie mit dem Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf, das zum 1. Januar 2015 in Kraft getreten ist, getan. Das Gesetz besteht aus **drei Säulen**: Dem **Pflegeunterstützungsgeld**, der Einführung eines **zinslosen Darlehens bei der Pflegezeit** und dem **Rechtsanspruch bei der bis zur 24 Monate andauernden Familienpflegezeit**.

Im Unterschied zur Gründung einer Familie ist die Pflege eines alten oder kranken Menschen nicht planbar. Häufig tritt die Pflegesituation plötzlich und unerwartet ein. Schon bislang konnten Beschäftigte, die kurzfristig eine neue Pflegesituation für einen nahen Angehörigen organisieren mussten, eine zehntägige Auszeit von der Arbeit nehmen. Neu ist, dass diese Auszeit jetzt mit einer Lohnersatzleistung, dem **Pflegeunterstützungsgeld**, verknüpft ist. Unbezahlt bleibt weiterhin die bis zu sechsmonatige vollständige oder teilweise Auszeit vom Beruf, wenn zu Hause ein pflegebedürftiger Angehöriger versorgt werden muss. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben seit dem 1.1.2015 während der Pflegezeit einen Anspruch auf ein **zinsloses Darlehen**

vom Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA), um die Pflegeauszeit finanziell abzufedern. Einen Anspruch auf Pflegezeit haben Beschäftigte gegenüber Arbeitgebern mit mehr als 15 Beschäftigten. Auf die sogenannte **Familienpflegezeit**, die bislang mit dem Arbeitgeber ausgehandelt werden musste, haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer seit dem 1.1.2015 einen **Rechtsanspruch**. Bis zu 24 Monate können sie ihre Arbeitszeit auf bis zu 15 Wochenstunden reduzieren – dies allerdings nur, wenn sie in einem Betrieb mit mehr als 25 Mitarbeitern angestellt sind. Zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts können die Beschäftigten ebenfalls ein zinsloses Darlehen vom BAFzA bekommen.

Mit dem neuen Gesetz ergibt sich für die pflegenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der große Vorteil, dass sie für die Pflege naher Angehöriger nicht mehr ihre Erwerbsarbeit aufgeben müssen. Auch die Unternehmen profitieren. Sie können begehrte Fachkräfte mit ihrem Wissen und ihrer Erfahrung im Betrieb halten.

Nadine Schön MdB

*Stellvertretende Vorsitzende
der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend,
Digitale Agenda*



Bildquelle: Margarete Singer

Ziel: gleiche Karrierechancen

Frauen in der Bundeswehr

Frauen in der Bundeswehr gibt es schon seit es die Bundeswehr gibt – seit mittlerweile 60 Jahren. In der zivilen Wehrverwaltung waren zeitweise mehr als 50.000 Frauen beschäftigt – mit Arbeiten, die in anderen Streitkräften Soldaten übernahmen. Ohne Frauen also keine Bundeswehr.

Umso mehr habe ich über die Reaktionen gestaunt, als ich Ende 2014 die erste Inhaberin der Befehls- und Kommandogewalt wurde. „Eine Frau an der Spitze der Bundeswehr?“, hieß es da zum Beispiel. Oder: „Die hat doch nicht gedient!“ Doch wenn man sich nur einmal in Europa umsieht, wird schnell klar: Als Verteidigungsministerin bin ich da in guter – weiblicher – Gesellschaft. Zum Glück ist es heute eine Selbstverständlichkeit, dass Frauen in Chefetagen Verantwortung tragen, ob in der Wirtschaft, in der Regierung, in der Politik oder speziell in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Gerade Sicherheit und Verteidigung dürfen keine reine Männerdomäne sein. Um gleich mit einem gängigen Vorurteil aufzuräumen: Konflikte werden heute nicht über bloße Muskelkraft entschieden, sondern immer stärker über den Kopf, mit strategischer und sozialer Intelligenz. Deswegen wäre es fahrlässig, bei der Suche nach friedvollen Lösungen auf weibliche Expertise zu verzichten. Frauen sind nicht besser als Männer. Sie sind anders, sie haben ganz eigene Fähigkeiten und Stärken. Und genau die brauchen wir, um gewappnet zu sein für die sicherheitspolitischen Herausforderungen von morgen. Wer Stellen nach Leistung und Kompetenz besetzt, kommt um die Frauen also nicht herum.

Ich gebe zu: Die Bundeswehr ist noch lange nicht so weiblich, wie es notwendig und wünschenswert wäre. In der Truppe fingen 1975 die ersten Soldatinnen an, zunächst als Ärztinnen, Apothekerinnen oder Musikerinnen. Erst seit 2001 können Frauen tatsächlich jeden militärischen Karriereweg gehen. Rein rechnerisch sind die meisten deswegen noch nicht über den einfachen Offizier-Status hinausgekommen. Das zeigt sich in unserer Generalität: Unter den rund 200 Generalen und Admiralen gibt es zurzeit nur zwei Frauen. Aber wir arbeiten daran.

Insgesamt dienen in der Truppe rund 19.000 Frauen in Uniform, das sind knapp 11 Prozent – und das kann sehr gern mehr werden. Bei den jungen Offizieren ist der Frauenanteil schon auf 23 Prozent gestiegen. Und allmählich wachsen auch die ersten Soldatinnen in leitende Positionen hinein: Sie kommandieren Minenjagdboote, sie trainieren Kampffettpiloten, sie führen Einsatzkompanien – ganz selbstbewusst und selbstverständlich.

Andere Armeen in Europa sind uns allerdings voraus. Die französischen Streitkräfte zum Beispiel haben einen Frauenanteil von 20 Prozent. Dieses Ziel verfolgt auch Norwegen, das Anfang dieses Jahres die Wehrpflicht für Frauen eingeführt hat. Und das war dort weniger eine Reaktion auf die aktuellen Entwicklungen in Russland als eine Frage der Gleichberechtigung.

Mir geht es darum, Frauen in der Bundeswehr wirklich die gleichen Karrierechancen zu eröffnen wie Männern. Es kann nicht sein, dass es für die einen stets die gut ausgeschilderte Autobahn gibt und für die anderen nur den holprigen Pfad, den kein Navi kennt. Deswegen fangen wir jetzt an, unnötige Stolpersteine und Hürden zu identifizieren und beiseite zu räumen. Wir wollen von Anfang an die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, damit Frauen überhaupt den geradlinigen Einstieg in die Bundeswehr bekommen. Unser Ziel sollte es sein, dass das Geschlecht irgendwann genauso wenig ein Thema ist wie die Haarfarbe. Ich denke, wir sind auf einem guten Weg.

Dr. Ursula von der Leyen MdB

Bundesministerin der Verteidigung



Bildquelle: Laurence Chaperon

Gefahr des Dschihadismus in Deutschland

Wie können wir junge Frauen vor der menschenverachtenden Ideologie schützen?

Wie kommt es, dass sich junge Frauen freiwillig dafür entscheiden, in einem frauenverachtenden und totalitären Gebilde wie der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) leben zu wollen? Laut einer aktuellen Studie des Londoner Instituts für Strategischen Dialog ist allen weiblichen Opfern der IS-Ideologen gemeinsam, dass diese Mädchen in schwierigen familiären Verhältnissen aufgewachsen, zwischen 16 und 25 Jahre alt sind und sich emotional in einer schlechten Verfassung befinden. Oft sind es junge Konvertiten mit wenig Wissen über den Glauben und die Religion. Sie sind auf der Suche nach Sinn und Identität. In ihrer Orientierungslosigkeit sind sie im Internet leichte Beute und werden von geschulten Rekrutierern angeworben. Junge Mädchen, die sich im Internet als IS-Sympathisantinnen zu erkennen geben, werden gezielt kontaktiert, um sie zu einer Ausreise und späteren Heirat mit einem Dschihadisten zu bewegen. Erschreckend ist zudem, dass sich diese Entwicklung in sehr kurzer Zeit und häufig an den Familien vorbei vollzieht. Auch Organisationen, die zwar nicht zur Gewalt aufrufen aber als Einstieg in die extreme Szene gelten, werben offen in deutschen Städten durch Koranverteilaktionen für ein rückwärtsgewandtes Islamverständnis. Diese Gruppen ziehen junge Menschen durch ein modernes Auftreten, jugendliche Ansprache und das Gefühl, einem Kollektiv zuzugehören, an.

Ein sehr mangelhaftes Islamwissen ist ein typisches Merkmal für radikalisierte junge Menschen. Deshalb ist der islamische bekenntnisorientierte Religionsunterricht an unseren Schulen als ein Baustein zum Aufbau einer muslimischen Identität unabdingbar. Daneben muss das Thema der Anwerbung durch Dschihadisten auch in Schulen offen angesprochen werden. Lehrer, die sich nicht ausreichend informiert fühlen, brauchen hierzu Unterstützung. Schon heute haben wir bundesweit eine Reihe von Anlauf- und Beratungsstellen, die Familien, Angehörigen, aber auch Lehrern bei der Rückführung der Kinder und im Umgang mit diesem schwierigen Thema hilft. Dieses Beratungsangebot in unterschiedlichen Sprachen sollte in den Moscheegemeinden viel stärker bekannt gemacht werden. Überhaupt ist es wichtig, dass die muslimischen Gemeinden sich offensiv dieses Themas annehmen. Es reicht nicht zu sagen, der Islam habe nichts mit Gewalt zu tun. Es ist offenkundig, dass jede Religion – je nach Lesart – auch radikal und gewaltbereit ausgelegt werden kann. Hier leisten die meisten Moscheegemeinden in Deutschland seit vielen Jahren durch ihr demokratisches Islamverständnis ganz selbstverständlich einen großen Beitrag gegen radikale Tendenzen. Es ist jedoch notwendig, dass sie sich auch explizit dem Thema des Dschihadismus zuwenden, um jungen Menschen den Unterschied

zwischen Religion, Ideologie und ihrem Missbrauch deutlich zu machen. Die Moscheegemeinden müssen insgesamt ihre Jugendarbeit modernisieren, damit sie junge Muslime nicht an die extremistische Szene verlieren.

Das Internet ist das entscheidende Medium, über das die jungen Frauen sich radikalieren. Dort müssen wir verstärkt mit Gegennarrativen ansetzen, die auf ein weibliches Publikum abzielen – hier haben wir bislang kein Angebot. Gegennarrative sind auch neue, muslimische Initiativen, die sich in den letzten Jahren vermehrt gegründet haben, wie z.B. „Zahnräder“ oder „JUMA (jung. muslimisch. aktiv)“ oder auch das Deradikalisierungsnetzwerk „Derad -Netzwerk sozialer Zusammenhalt“. Sie sind die beste Antwort auf radikale Netzwerke und müssen stärker als Partner von Politik wahrgenommen und unterstützt werden. Insgesamt brauchen wir passgenaue Präventionsmaßnahmen und Deradikalisierungsprogramme mit gut ausgebildetem muslimischem Personal vor Ort. Hier sind die Verbände wichtige Kooperationspartner wie auch junge Muslime, die in Deutschland sozialisiert und ausgebildet sind und die Sprache ihrer Altersgenossen beherrschen.

Cemile Giousouf MdB

*Integrationsbeauftragte
der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag*



Bildquelle: Cemile Giousouf

Entgeltgleichheit

Die geschlechtsspezifische Lohnlücke muss in Deutschland endlich geschlossen werden

Nach neuesten Angaben des Statistischen Bundesamtes verdienen Frauen im Durchschnitt in Deutschland auch im Jahr 2014 noch immer 22 Prozent weniger als Männer (DESTATIS 2015: Pressemitteilung vom 16.3.2015). Der Gender Pay Gap, also der prozentuale Unterschied zwischen abhängig beschäftigten Männern und Frauen beim durchschnittlichen Bruttostundenverdienst, stagniert seit dem Jahr 2010. Im europäischen Vergleich belegt Deutschland in Bezug auf die Entgeltgleichheit von Frauen und Männern einen der hinteren Plätze.

Die Forschung im Gender- und Gleichstellungsbereich zeigt seit Jahren viele Erklärungsmuster für eine derartig hohe Lohnlücke zwischen Frauen und Männern auf. Untersuchungen belegen komplexe Ursachen in den gesellschaftlichen Strukturen, in den Betrieben und im individuellen Bereich. Konkrete Ursachen werden von vielen wissenschaftlichen Studien zum Teil im unterschiedlichen Beschäftigungsumfang der Arbeit von Frauen und Männern gesehen. Auch in der heutigen Zeit ist es immer noch so, dass vermehrt Frauen aufgrund familiärer Verpflichtungen einer Teilzeit- oder Halbtagsstätigkeit nachgehen. Andere Ursachen wurden in der Berufserfahrung von Frauen nachgewiesen. Eine weibliche Arbeitsbiografie weist im Durchschnitt mehr Unterbrechungen auf als die eines Mannes – häufig begründet durch Geburten, Familien- oder Pflegezeiten – und führt somit im Durchschnitt zu einer geringeren Erfahrungszeit als bei Männern. Eine große Rolle spielt außerdem die Auswahl des Berufs und der Branche. Mehrere Untersuchungen belegen, dass Frauen häufiger als Männer in Berufen und Branchen arbeiten, die eine weniger attraktive Vergütung aufweisen.

Weiterhin trägt die vertikale Segregation von Frauen und Männern in beruflichen Stellungen ihren Teil zum Entstehen der vorhandenen Lohnlücke bei. Frauen sind weniger häufig in Führungspositionen zu finden als Männer und fallen somit bei einer dieser Position entsprechend hohen Vergütung aus. Auch die Größe des Betriebes, in dem Frauen oder Männer ihrer Arbeit nachgehen, hat einen Einfluss auf Verdienstunterschiede. Wissenschaftliche Zahlen belegen, dass Frauen häufiger in kleineren oder mittelgroßen Unternehmen angestellt sind. Dort sind die Verdienstchancen im Normalfall geringer als in großen Unternehmen.

Gesamtgesellschaftliche Strukturen und Mechanismen sind gleichfalls wesentliche Ursachen. Diese Ursachen stehen sehr häufig in selbstverstärkenden Wechselbeziehungen zueinander, sodass eine Änderung der (politischen) Strukturen alleine nicht ausreichend ist. Immer noch spielen traditionelle Rollenbilder in

Bezug auf die geschlechtsspezifische Zuschreibung von Kompetenzen, von Stereotypen und Annahmen über Befähigungen bei der Vergabe von Arbeitsplätzen, bei Lohnverhandlungen oder bei beruflichen Beförderungen eine enorme Rolle.

Weitere Ursachen sind in den individuellen Entscheidungen von Frauen und Männern in Bezug auf Berufswahl oder Lohnverhandlungen zu finden. So zeigen wissenschaftliche Studien, dass Frauen beispielsweise einen anderen Fokus auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf legen als Männer – weshalb sie sich auf manche Jobs nicht bewerben oder dass sie sich zum Teil aufgrund ihres Selbstbildes, welches wiederum durch gesellschaftliche geschlechtsspezifische Rollenstereotype geprägt sein kann, bestimmte Positionen nicht zutrauen und sich in Lohnverhandlungen eher zu ihren Ungunsten verhalten.

Um den Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen zu überwinden, ist es notwendig, auf mehreren Ebenen anzusetzen. Besonders wichtig sind die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und die Übernahme von Verantwortung durch die Tarifpartner. Denn an diesen liegt es besonders, für mehr Gerechtigkeit in der Praxis bei Betrieben und Unternehmen zu sorgen. Ein Umdenken in den Köpfen der derzeitigen Führungskräfte ist notwendig. Auch Teilzeit darf kein Handicap mehr sein! Nur durch ein Zusammenwirken von Politik, Wirtschaft, Männern und Frauen kann das Ziel einer gerechteren Entlohnung erreicht werden.

Ingrid Fischbach MdB

**Parlamentarische Staatssekretärin
beim Bundesminister für Gesundheit**



Bildquelle: Laurence Chaperon

Schutz vor Ausbeutung und Gewalt in der Prostitution

Regulierungsdefizite im Bereich der Prostitution beseitigen

Das von der rot-grünen Regierung 2002 eingeführte Prostitutionsgesetz hat zu einer drastischen Verschlechterung der Situation von Prostituierten geführt. Mit dem Gesetz wurde zwar formal die rechtliche Position von Prostituierten gestärkt: Möglichkeit zur Sozialversicherung, Einklagbarkeit des Lohns und Abschaffung der Sittenwidrigkeit. Die ursprüngliche Zielsetzung zu mehr Schutz und Sicherheit von Prostituierten konnte aber nicht erreicht werden, im Gegenteil sind Menschenhändler, Zuhälter und Bordellbetreiber die wahren Nutznießer. Menschenhandel und Zwangsprostitution haben erheblich zugenommen. Fast 90 Prozent aller Prostituierten kommen aus dem Ausland und arbeiten unter Zwang. Weil behördliche Kontroll- und Überwachungsbefugnisse sowie Mindestanforderungen an den Betrieb von Prostitutionsstätten fehlen, sind ausbeuterische und menschenverachtende Strukturen entstanden, die sich durch die EU-Osterweiterung verstärkt haben. Laut dem BKA kommen weit über die Hälfte der Opfer aus osteuropäischen Staaten, vor allem aus Bulgarien und Rumänien. Schlepperbanden bringen junge, unerfahrene Frauen gezielt in Abhängigkeit, versprechen ihnen ein schöneres Leben fern der Armut. Auf der Suche nach Arbeit und einem besseren Leben fallen sie auf skrupellose Menschenhändler rein. So kommen junge Frauen – fast 70 Prozent sind unter 21 Jahren – über die tatsächlichen Umstände getäuscht und ohne Sprachkenntnisse, oft ohne Papiere nach Deutschland, müssen sich unter gesundheitsgefährdenden, entwürdigenden und unsicheren Bedingungen prostituieren. Fehlende soziale Kontakte außerhalb des Milieus sowie mangelndes Vertrauen in die Polizei erschweren es, diesen Mechanismen zu entkommen. So arbeiten sie 12 bis 16 Stunden teilweise nur für Kost und Unterkunft. Die Menschenhändler, Zuhälter und Bordellbetreiber verdienen laut Statistischem Bundesamt rund 15 Milliarden Euro jährlich.

Die Gruppe der Frauen sieht hier schon seit vielen Jahren großen Handlungsbedarf, insbesondere zum besseren Schutz der Frauen, zu einer effektiveren Strafverfolgung der Täter und zur Störung ihrer Geschäftsmodelle.

Wir müssen das Selbstbestimmungsrecht schützen, indem wir denjenigen, die nicht freiwillig in der Prostitution sind, Hilfen anbieten. Dazu wollen wir verpflichtende Gesundheitsuntersuchungen nicht nur zur medizinischen Vorsorge, sondern eben auch, um Prostituierten in einer Zwangslage eine niedrigschwellige Kontaktaufnahme zu helfenden Behörden zu ermöglichen. Prostituierte sollten bei den Behörden angemeldet sein und über ihre Rechte sowie Hilfen und Ausstiegsangebote aufgeklärt werden. Wir brauchen

eine Genehmigungspflicht für Bordellbetriebe und eine Zuverlässigkeitsprüfung der Betreiber. Kontrollen durch die zuständigen Behörden müssen zur Sicherheit der Prostituierten regelmäßig stattfinden und Weisungsrechte von Bordellbetreibern müssen wirksam ausgeschlossen und menschenunwürdige Sexualpraktiken verboten werden. Insbesondere junge Frauen sollten unter besonderem Schutz stehen. Opfer von Menschenhandel sollen einen sicheren Aufenthalt in Deutschland bekommen. Wir brauchen praxistaugliche Formulierungen der Menschenhandelsstrafatbestände im Strafrecht, um anhand objektiver statt bislang subjektiver Kriterien Opfer von Menschenhandel einfacher identifizieren zu können. Denn die tatsächlich geführten Verfahren in Deutschland umfassen nur einen Bruchteil der tatsächlich verübten Verbrechen. Das wollen wir ändern und gleichzeitig das Strafmaß für Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung verschärfen. Außerdem wollen wir diejenigen Freier bestrafen, die vorsätzlich die Zwangslage ausnutzen und sexuelle Dienstleistungen von Opfern von Zwangsprostitution in Anspruch nehmen. Sie sollen straffrei bleiben, wenn sie zur Aufklärung von Taten beitragen.

In den beteiligten Ministerien wird derzeit an diesen gesetzlichen Regelungen gearbeitet und ich hoffe, dass wir jetzt endlich eine Lösung bekommen.

Elisabeth Winkelmeier-Becker MdB

Rechts- und verbraucherpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



Bildquelle: Frank Baquet

Tourismus

Urlaub mit den Kleinen

Demnächst ist es wieder soweit – die Sommerferien beginnen und damit die Urlaubssaison. Die Frage: „Wohin geht es in diesem Jahr?“ sollte längst beantwortet sein. Glaubt man einer Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung, bestimmen in jeder zweiten Familie die Kinder, wo es hingehet. Natürlich spielt das Alter der Kinder dabei eine große Rolle. Bei einem Urlaub mit Babys ist klar, dass Fragen der Unterkunft und des kindgerechten Essens wichtiger sind als bei schulpflichtigen Kindern, bei denen vor allem Aktivität und Abwechslung eine entscheidende Rolle spielen. Die Tourismusbranche hat sich in den vergangenen Jahren mit einem unglaublichen Investitionsschub auf die verschiedenen Ansprüche eingestellt. Die Zeiten, in denen ein Sandkasten hinter dem Hotel für das Merkmal „Familienhotel“ ausreichte, sind längst vorbei. Der Trend geht zur Rundumversorgung für Kinder bis hin zur hauseigenen Kita. Das bringt Erholung für alle, Kinder und Eltern. Bei meinem Besuch in einem dieser neuen Familienhotels konnte ich mich persönlich davon überzeugen, wie mit einfachen Ideen aus einem normalen Hotel ein Kinderparadies wird. Bereits der Eingangsbereich und die Rezeption waren als Märchenwelt gestaltet und luden vom ersten Augenblick an zum Anfassen, Spielen und Mitmachen ein. Die Zimmer kamen ohne Zimmernummern aus und waren stattdessen mit Tierbildern gekennzeichnet, damit sich auch die Kleinen merken können, in welches Apartment sie gehören. Und im ganzen Hotel waren Bildschirme verteilt, die anzeigten, in welchem Zimmer das Babyfon die Anwesenheit der Eltern erforderlich macht.

Spezialisierung ist der Trend der Zeit, ohne den sich der Wettbewerb in unserem hart umkämpften deutschen Tourismusmarkt kaum noch durchhalten lässt. Die Zeiten plüschiger Pensionen mit dem Bad auf dem Flur sind eindeutig vorbei. Kaum ein Gast, der heute beim Einchecken an der Rezeption nicht gleich nach dem WLAN-Passwort fragt. Kostenloses Internet ist keine Sonderausstattung, es ist erwarteter Standard. Gestiegene Ansprüche bei Service und Ausstattung haben selbstverständlich ihren Preis. Wir sollten aber bereit sein ihn zu zahlen, es geht beim Urlaub schließlich um die wohl schönste Zeit des Jahres, von der wir Deutschen laut Statistik mehr genießen als alle anderen Nationen.

Reiseweltmeister sind die Deutschen seit Jahren. Bemerkenswert ist, dass unser liebstes Reiseziel Deutschland ist. Die Tourismuswirtschaft leistet damit einen wesentlichen Anteil zum Aufschwung in unserem Land. Der Tourismus gehört zu den umsatzstärksten Wirtschaftszweigen. Die Branche erzeugt eine Bruttowertschöpfung von nahezu 100 Milliarden Euro und damit 4,4 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung der deutschen Volkswirtschaft. Das ist mehr als die Wertschöpfung des Baugewerbes oder der Automobil-

industrie. Fast drei Millionen Erwerbstätige sind direkt im Tourismus in Deutschland beschäftigt – Arbeitsplätze, die zum großen Teil in kleinen und mittelständischen Unternehmen angesiedelt sind. Die Tourismusbranche zählt damit zu einem der sichersten Arbeitgeber in unserem Land.

Die Vielfalt, die gerade der Tourismus in Deutschland bietet, vom Strandurlaub an Ost- und Nordsee bis zum Wanderurlaub in den Alpen, macht diese Branche stark. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Kulturlandschaft auch für kommende Generationen so erhalten bleibt, dass die bisherige Erfolgsgeschichte fortgesetzt werden kann.

Daniela Ludwig MdB

**Vorsitzende der Arbeitsgruppe Tourismus
der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag**



Bildquelle: Michael Naumberger

Zum Abschluss



Die Gruppe der Frauen zu Gast bei Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, 26. Februar 2015

(Foto: Bundesregierung / Bergmann)

Ausblick

Wir werden Ihnen nun wieder in regelmäßigen Abständen aus der Gruppe der Frauen berichten!

Unser nächster Newsletter wird Ende September erscheinen. Darin werden Sie mehr über unsere Arbeit in der ersten Hälfte der 18. Legislaturperiode in der Großen Koalition unter anderem zu folgenden Themen lesen können:

Das Schicksal von Mädchen und Frauen unter dem Terror des sogenannten Islamischen Staates, Flüchtlingsfrauen, 25 Jahre Wiedervereinigung, Frauengesundheit, Ethische Aspekte am Ende des Lebens, Pflegereform.

Falls Sie unseren Newsletter nicht mehr erhalten möchten, bitten wir um eine kurze Nachricht an:
GruppederFrauen@cducsu.de

Ihre

IMPRESSUM

Herausgeber:
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Karin Maag MdB
Redaktion: Christine Boehl (verantw.)
Telefon: (030) 227 59122
Telefax: (030) 227 56093
E-Mail: GruppederFrauen@cducsu.de
Homepage: www.cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.